L-3 Perspektiven für eine gerechte Landwirtschaft!

Gremium: Bundesvorstand, Berit Schütze, Berenike

Bick, Hannah Meyer, Lorenz Berger

10.10.2019 Beschlussdatum:

Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1

4

8

20 21

22

23 24

25

Die konventionelle Landwirtschaft steht vor der Herausforderung, sich fit für die Zukunft zu machen. Den Weg der Industrialisierung ihrer ursprünglich kleinbäuerlichen Betriebe, der vielen Landwirt*innen durch die Förderpolitik von EU und Bundesregierung zu Recht wirtschaftlich rentabel erschien, steht guasi vor dem Aus. Der Preis von Lebensmitteln ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten ins Bodenlose gefallen und Großinvestitionen, die für die Erhöhung der Erträge getätigt wurden, haben nicht zu den versprochenen Mehreinnahmen geführt. Denn gegen große Investoren, die in der Bewirtschaftung von Ackerflächen nichts weiter als eine Geldanlage sehen, hat kaum ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb eine Chance. Aber genau die gilt es zu stärken und 10 11 sich dem Höfesterben im ländlichen Raum entschieden entgegenzustellen. Die 12 Landwirtschaft sichert unsere Ernährungssouveränität, wir sollten sie also auf 13 möglichst viele breite Schultern verteilen anstatt der Spekulation mit 14 Bodenpreisen auszusetzen. Um das Höfesterben aufzuhalten, gilt es nun v.a. Perspektiven aufzuzeigen an die jungen Generationen in der Landwirtschaft. Der 16 schlechte Ruf der Landwirtschaft, die Risiken der Klimakrise und der Kredit bei 17 der Bank, der notwendig wäre, um im derzeitigen landwirtschaftlichen System 18 wettbewerbsfähig zu bleiben, sind nur der Anfang einer langen Reihe von 19 Problemen, denen sich Jungbäuer*innen gegenübersehen.

Als Gesellschaft sind wir die Profiteur*innen einer ökologischen, klimastandhaften, tierschützenden und artenreichen Landwirtschaft. Wir müssen also auch auch unseren Beitrag dafür leisten, den Wechsel hin zu eben diesen Ansprüchen an landwirtschaftliche Betriebe sozial gerecht und lohnenswert für die Landwirt*innen zu gestalten.

Höfesterben bekämpfen - Perspektiven schaffen

Für die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, die nach ökologischen Standards in 26 der Region und damit mit kurzen Transportwegen, also auch klimafreundlich und 27 letztlich für die Konsument*innen als solche kontrollierbar hergestellt werden, 28

braucht es Perspektiven für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Deutschland und Europa. Kleinbäuerliche Landwirtschaft muss besonders gefördert werden, indem man Förderkriterien so umbaut, dass sie kleinen Betrieben besonders zu Gute kommen. Die flächengebundene Förderung aus der ersten Fördersäule der Europäischen Union spielt vor allem den großen Grundbesitzer*innen in die Hände. Deshalb setzen wir uns für eine leistungsgebundene Förderung ein, die kleine Betriebe beim Umbau hin zu Qualität statt Masse unterstützt, sodass später im Verkauf für regionale und ökologische Produkte eine höherer Preis erzielt werden kann. Außerdem braucht es Unterstützung für die Übernahme eines Hofes für Jungbäuer*innen. Der Staat muss hier als günstiger Kreditgeber auftreten und die Aussicht darauf stellen, auf Anteile des Kredites später zu verzichten, wenn die Zukunft des Betriebes gesichert ist und landwirtschaftliche Konzepte umgesetzt wurden, die ökologisch sinnvoll sind und Klimawandel- und Artensterben entgegenwirken.

Saisonarbeit regulieren

29

30

31 32

33

34 35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46 47

48 49

50

51

52

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

Jährlich kommen 315.000 Saisonarbeiter*innen aus dem europäischen Ausland nach Deutschland zum Arbeiten in der Landwirtschaft. Diese Zahl entspricht etwa 60 Prozent der Menschen, die in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt werden. Zu den Tätigkeiten zählen v.a. das Stechen von Spargel, sowie das Ernten von Obst und Erdbeeren. Aber auch die Arbeit in Schlachtbetrieben. Die Arbeiter*innen kommen v.a. aus Polen, Bulgarien und Rumänien, zum Teil aber auch aus Kroatien, Ungarn, Serbien und seit neuestem auch aus der Ukraine. Die großen Lohnunterschiede innerhalb der Europäischen Union ermöglichen dabei, dass häufig zu menschenunwürdigen Bedingungen und niedrigsten Löhnen gearbeitet wird, weil die Saisonarbeitskräfte häufig bereit sind, schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Wir als GRÜNE JUGEND wollen diese Menschen aber nicht länger alleine lassen, sondern machen uns für ihre Rechte und Ansprüche auf soziale und hygienische Arbeitsbedingungen stark. Es darf keine Arbeiter*innen zweiter Klasse geben. Die Probleme liegen v.a. in nicht vorhandenen schriftlichen Arbeitsverträgen, in der intransparenten Aufzeichnung von Arbeitszeit und Lohn, den unklaren Gehaltsabzügen für Essen und Unterkunft sowie im fehlenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. Diese Probleme sind politisch lösbar. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung eines flächendeckenden kostenlosen Beratungsangebotes für Saisonarbeitskräfte ein. Außerdem muss die aufsuchende Arbeit stärker gefördert werden, um gerade die mobilen Beschäftigten im ländlichen Raum erreichen zu können. Zwischen den Beratungsstellen und den staatlichen Behörden, die die Zahlung des Mindestlohns kontrollieren, muss ein viel engerer Austausch stattfinden und die Umgehung des Mindestlohns umgehend geahndet werden. Dafür muss allen Beschäftigten ab dem ersten Arbeitstag ein Arbeitsvertrag in der Herkunftssprache ausgehändigt werden. Außerdem muss der Lohnzettel transparent ausgefüllt und den Arbeitskräften einmal monatlich ausgehändigt werden, nicht erst am Ende der Saison. Kontrollierende Behörden müssen endlich grenzüberschreitend zusammenarbeiten und auch die Beratungsstellen verschiedener Länder eine gemeinsame europäische Strategie für

die soziale Absicherung von Saisonarbeitskräften entwickeln. Diese Strategie
muss umgehend in die gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) aufgenommen und in
ihren Förderkriterien verankert werden: wer nicht gemäß europäischen
Vorschriften legal beschäftigt, bekommt auch keine Direktzahlungen mehr.
Außerdem müssen die Arbeitgeber*innen verpflichtet werden, die geltenden
Arbeitsrechte den Arbeiter*innen in ihrer Herkunftssprache zugänglich zu machen
und sie in ihren Rechten zu belehren.

Arbeitsrechte in der Landwirtschaft 4.0 sichern

80

81 82

83 84

85

86

87

88 89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101 102

103

104105

106

107108

109

110

111

112

113

114

115

Die Digitalisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft hat das Potenzial, anstrengende körperliche Arbeit, die bislang gering entlohnt wird und kaum bis zum Ende des Arbeitslebens geleistet werden kann, durch moderne Technik auf Maschinen automatisiert zu übertragen und dem Menschen nicht länger monotone Arbeitsschritte zuzumuten. Im Gegenteil verbessert die die Fortbildung von Fachkräften hin zu digitalen Fachkräften deren Qualifikation und damit auch ihr Gehalt. Das passiert aber keinesfalls von selbst; der Staat muss entsprechende Fortbildungen finanzieren und ermöglichen und dabei auch klar die Rechte der Arbeitnehmer*innen in den Mittelpunkt stellen. Digitalisierung darf nicht zur Mehrbelastung von Arbeitnehmer*innen mit digitaler Arbeit führen, ohne dass die analoge Arbeit abnimmt. Die Digitalisierung sollte als Chance für Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Landwirtschaft betrachtet werden, gleichzeitig muss aber auch immer klar sein, dass die Digitalisierung und Maschinisierung nicht zu Lasten von Klima- und Artenschutz stattfinden kann, indem immer größere Maschinen mit immer mehr Gewicht zu einer immer stärkeren Belastung der Böden führen. Die Landwirtschaft 4.0 stellt Chance und Risiko für Beschäftigte und Natur gleichermaßen dar. Deshalb muss sie jetzt politisch angegangen und diskutiert werden.

Moderne Landwirtschaft ist nämlich das, was man daraus macht. Die Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) ist eine Organisationsform der Landwirtschaft, bei der eine Gruppe von Verbraucher*innen mit einem oder mehreren Landwirt*innen kooperiert und als positives Vorbild dienen kann. Die Verbraucher*innen geben eine Abnahmegarantie für die Produktion und erhalten im Gegenzug Einblick/Einfluss auf die Produktion. In der Regel zahlt jede*r Verbraucher*in einen festen monatlichen Betrag. Dabei ist der*die Landwirt*in abgesichert und im Fall eines Ernteausfalls, dessen Auftreten mit den Folgen der Klimakrise zunimmt, nicht in ihrer*seiner Existenz bedroht. Genau diese Form gemeinschaftlicher Verantwortung für das soziale Absicherung von Landwirt*innen und die Transparenz für Verbraucher*innen über die konsumierten Lebensmittel, wollen wir viel stärker unterstützen und sehen in ihr großes Potenzial als zukunftsfähiges landwirtschaftliches Konzept. Die GRÜNE JUGEND macht sich für mehr Räume in den Städten für Solidarische Landwirtschaft ein. Denn anders als Lebensmittelketten stehen der Solidarischen Landwirtschaft kaum leistbare Räume für Abgabe und Verkauf der erzeugten Lebensmittel zur Verfügung. Diese Räume wollen wir mit staatlichen Mitteln fördern und in Kooperation mit den Kommunen

den Genossenschaften zur Verfügung stellen.

Bürokratieabbau voranbringen

116

117

136

153

- Wir setzen uns für eine Reform der Förder-Bürokratie mit der Einführungen der 118 119 neuen GAP im Jahr 2020 ein - denn diese ist mehr als überfällig. Landwirtinnen 120 und Landwirten zuzumuten, für vorbildliche ökologische und klimaschützende Landwirtschaft vom Blühstreifen, über Lerchenfenster bis hin zur Pflanzung von 121 122 Bäumen in ihrer auch so schon geringen Freizeit eine derartige Bürokratie mit 123 unzähligen Formularen auf sich nehmen zu müssen, ist nicht länger tragbar. Auch 124 angesichts der Dringlichkeit der Umsetzung zukunftsfähiger landwirtschaftlicher 125 Konzepte ist das alles andere als sinnvoll.
- Künftig müssen landwirtschaftliche Betriebe nach umfangreicher kostenloser 126 Beratung ihre Vorhaben lediglich noch bei den zuständigen Stellen anmelden 127 müssen - den Papierkram erledigt dann die Behörde. Denn zu leistungsgebundener 128 Förderung zählt nicht nur die Leistung der Landwirtinnen und Landwirte, sondern 129 auch die Leistung des Staates, die für den Erfolg der Förderprojekte unabdingbar 130 ist. Dafür brauchen die Landwirtschaftsämter endlich das notwendige Personal, um 131 die Förder-Bürokratie im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft und 132 133 gleichermaßen im Sinne der Landwirt*innen erledigen zu können. Ohne eine 134 wirksame, zugleich aber auch maßvolle Kontrolle können keine öffentlichen Mittel 135 fließen. Denn öffentliches Geld gibt es nur für öffentliche Leistungen.

Regionalität und Infrastruktur fördern

- Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen, um tier- und umweltgerecht sowie 137 138 nachhaltig handeln zu können, auf eine gute, lokale Infrastruktur zurückgreifen können. Kurze Transportwege und eine lokale Vermarktung fördern die 139 Wertschöpfung vor Ort und halten die Transportemissionen so gering wie möglich. 140 141 Regionale Wirtschaftskreisläufe bieten zusätzlich Perspektive für viele 142 Arbeitsplätze und soziale Strukturen im ländlichen Raum. Es müssen ebenfalls 143 lokale Absatzmöglichkeiten für die Rohstoffe aus den Fruchtfolgen, wie beispielsweise Hanf und Ackerbohnen, gewährleistet werden. 144
- Um Regionalität wieder mehr Aussagekraft zu ermöglichen, setzen wir uns für ein Regionalitätssiegel ein, das vom Futter/Dünger bis zum Endprodukt alle Erzeugungsschritte berücksichtigt und honoriert. Zurückgelegte Kilometer und der dadurch erzeugte CO2 Ausstoß stellen dabei die Klimabilanz des jeweiligen Produktes dar.
- Um regional erzeugte Lebensmittel auch zu regional erzeugten Endprodukten fertigen zu können und nicht noch für die letzten Arbeitsschritte hunderte oder tausende Kilometer fahren zu lassen, müssen wir regionale Infrastruktur fördern:

- beispielsweise lokale Mälzereien, Mühlen, Molkereien, Metzgereien oder das
- Backhandwerk gehen vielerorts zurück, ihre Produkte werden an zentralen Orten
- möglichst günstig produziert. Das schadet aber dem regionalen
- Wirtschaftskreislauf wie auch dem Klima. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, aus
- Bundes- und Landesmitteln ein Förderprogramm für regionale Lebensmittel-
- 159 Infrastrukturprojekte ins Leben zu rufen, mit dem Regionalität für den
- ländlichen Raum, das Klima und mit Blick auf regionale Schlachthöfe auch das Tierwohl vorangebracht wird.

Weiterbildung und Ausbildung in der Landwirtschaft

- Die Bildung im landwirtschaftlichen Bereich ist ein Schlüsselpunkt, denn nur
- durch Eigenermächtigung kann konsequent nachhaltig gehandelt und bewirtschaftet
- werden. Es müssen in der Lehre und im Studium konventionelle und ökologische
 - Praktiken gelehrt werden, um die eigenständige Umstellung von Betrieben zu
- erleichtern.

161

165

- Das Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen muss stark ausgeweitet werden und vor Ort
- verfügbar sein. Anpassung an den Klimawandel, Tierwohl, nachhaltige und
- langfristige Betriebswirtschaft und Boden sind die Hauptschwerpunkte, auf die
- sich die Bildungsprogramme im konventionellen und ökologischen Bereich
- konzentrieren sollen. Fächer wie Bodenbiologie, -physik und -chemie müssen
- umfassender gelehrt werden sowohl in der universitären Ausbildung an den
- Hochschulen, als auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Der Ökolandbau
- muss in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die landwirtschaftliche
- Ausbildung aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen sowohl ökologische und
- konventionelle Ansätze an alle Lernenden vermittelt werden, um Platz für Diskurs
- und Wissensaustausch zu bieten. Dafür muss auch die Forschung im Bereich
- klimapositiver und klimaresilienter Landwirtschaft stark ausgebaut und
- entsprechend staatlich gefördert werden.
- Die Bäuer*innen sind diejenigen, die die Nahrung produzieren, die Landschaft
- gestalten, und Klima und Biodiversität schützen können. Diese wichtige Rolle
- muss Anerkennung finden. Wir stehen Seite an Seite mit denen, die sich für
- Arten- und Klimaschutz einsetzen. Gleichzeitig muss der Beruf der Landwirt*innen
- attraktiver gemacht werden. Die künftigen Änderungen können nur mit Sachverstand
- umgesetzt werden. Das Bild der Landwirt*innen muss sich in der Öffentlichkeit
- ¹⁸⁶ ändern und dafür wollen wir uns auch einsetzen. Um Attraktivität des
- Berufsfeldes zu steigern, müssen sich aber auch Bedingungen ändern, die hier
- beschrieben werden.

189

Fairer Handel statt Mercosur Freihandelsabkommen

- 190 Freihandelsabkommen sind derzeit fester Bestandteil der Außenpolitik der
- Europäischen Union. Oft sind, wie beispielsweise bei Mercosur oder TTIP, auch

- landwirtschaftliche Güter Teil dieses geplanten Freihandels. Landwirtschaft ist 192 aber vor allem global sehr unterschiedlich organisiert und strukturiert. 193 Außerdem findet die Einfuhr landwirtschaftlicher Güter, wenn diese aus 194 Schwellen- und Industrienationen kommen, meist aus industrieller Landwirtschaft 195 statt. Diese Landwirt*innen sind oft viel weniger strengen Reglementierungen 196 unterworfen und betreiben eine klimaschädlichere Landwirtschaft als die 197 europäischen Bäuer*innen. Vor allem der günstige Preis der importierten Güter, 198 die zu lasten des Klimas entstehen, kann kleinstrukturierte, bäuerliche und 199 200 ökologische Landwirtschaft stark unter Druck setzen. Außerdem kann das dazu führen, dass sich auch in Europa eine industrielle und ökologisch schädlichen 201 202 Landwirtschaft weiter durchsetzt, da nur diese dem neu erstarkten Preisdruck 203 durch die billige Importware standhält. Mit dem Freihandelsabkommen Mercosur mit 204 den Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay soll die weltweit 205 größte Freihandelszone geschaffen werden. Auch hier sind landwirtschaftliche 206 Güter betroffen.
- Es sollen 99.000 Tonnen Rindfleisch und 25.000 Tonnen Schweinefleisch zu einem 207 sehr niedrigen Zollsatz und 180.000 Tonnen Geflügel und Reis, Honig, Zuckermais, 208 Käse, usw. Zollfrei nach Europa importiert werden. Diese Produkte werden mit 209 extrem hohen Spritzmitteleinsatz und in Monokulturen angebaut und gleichzeitig 210 der Regenwald gerodet. Die Importmengen von beispielsweise Rindfleisch werden 211 die klima positive und artgerechte Tierhaltung EU-Mutterkuhhaltung/Weidehaltung 212 extrem unter Druck setzen. Dabei ist dies die haltung, die Artenschutz 213 unterstützt und Humus aufbaut. 214
- Wir müssen den globalen Anbau und Transport von Fleisch drastisch reduzieren.
 Freihandelsabkommen wie Mercosur sind dazu absolut nicht förderlich und in
 Zeiten des Klimawandels und eines brennenden Regenwalds nicht vertretbar!
- Ein Freihandelsabkommen, das bäuerlicher und klimaschonender Landwirtschaft im
 Wege steht darf nicht durch Deutschland befürwortet und beschlossen werden. Wenn
 Klimaschutz betrieben werden soll, muss die Landwirtschaft mitgedacht werden und
 dem Mercosur Abkommen in dieser Form darf nicht zugestimmt werden.

Konkret fordern wir:

222

224

- Wir gehen gegen das Höfesterben vor, indem wir Jungbäuer*innen und die kleinbäuerliche Landwirtschaft finanziell unterstützen.
- 225 2. Wir setzen uns für die Rechte von Saisonarbeitskräften ein und beenden die prekären Arbeitsverhältnisse auf Feldern und in Schlachtbetrieben.

- 3. Wir sehen in der Landwirtschaft 4.0 sowohl Chance, als auch Risiko. Wir wollen Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft harte körperliche Arbeit erleichtern, gleichzeitig aber auch ihre Rechte schützen und den digitalen Umbau für mehr soziale Teilhabe, den Klima- und den Artenschutz nutzen.
- 4. Wir fördern Klimaschutz statt Hektar und entlasten die Landwirt*innen bei 231 der Beantragung von Fördermitteln: Wir ersetzen die Flächenprämien durch 232 eine leistungsgebundene Förderung von Umwelt- und Naturschutzleistungen 233 mit langfristig wirkenden Maßnahmen wie Agroforstpflanzung, Mischwald-234 Aufforstung, Pflanzung und Pflege von Hecken und anderen 235 Landschaftselementen. Wir unterstützen Landwirt*innen, die den Klimaschutz 236 voranbringen wollen und bauen die Förder-Bürokratie um hin zu den 237 238 Bedürfnissen engagierter Landwirt*innen. Das muss mit der Einführung der 239 neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2020 geschehen
- 5. Wir bringen den Klimaschutz in die Ausbildung: Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung aufnehmen, z.B. durch vertiefende Lehre in der Bodenbiologie. Ökolandbau in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die landwirtschaftliche Ausbildung aufnehmen und Forschung an klimapositiver Landwirtschaft fördern.
- Wir bringen die Landwirtschaft in die Lehrpläne: Aufnahme
 landwirtschaftlicher Bildung in die Lehrpläne der Sekundarstufe I bis 2025
 im Rahmen einer umfassenden Klima- und Umweltbildung.
 - 7. Die Ablehnung des Mercosur-Freihandelsabkommens.

Begründung

249

erfolgt mündlich.